Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4859**

16. Wahlperiode 28. 03. 2007

Antrag

der Abgeordneten Marina Schuster, Dr. Werner Hoyer, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Katastrophe in Simbabwe verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Simbabwe steht an der Schwelle zum Kollaps. Die jüngsten Verhaftungen und Misshandlungen von Oppositionellen und die desolate wirtschaftliche Lage sind kennzeichnend für Simbabwes dramatischen Niedergang. Die Ankündigung Präsident Robert Gabriel Mugabes, bis 2010 an der Macht bleiben zu wollen, zwei Jahre länger als die in 2008 endende Amtszeit, ist ein beunruhigendes Signal, dass die internationale Gemeinschaft aufrütteln muss. Seit 27 Jahren hält sich R. G. Mugabe nun schon eisern an der Macht, unterstützt durch seine Partei ZANU-PF (Zimbabwe African National Union – Patriotic Front). Angetreten als Reformer und Befreier des Landes, hat er in den letzten Jahren in despotischer Manier die Opposition und die freie Meinungsäußerung systematisch unterdrückt, Menschenrechte missachtet und sein Land in den wirtschaftlichen Ruin getrieben. Der Human Development Index der Vereinten Nationen, der den Entwicklungsstand von Staaten bewertet, listet Simbabwe am untersten Rand der Entwicklungsskala (Platz 151 von 177) auf. Damit gehört Simbabwe zu den ärmsten Ländern dieser Welt. Über ein Viertel der 12 Millionen Einwohner sind auf Lebensmittelhilfe angewiesen. Die Lebenserwartung beträgt im Durchschnitt knapp 37 Jahre. Hunderttausende Simbabwer sind obdachlos und 80 Prozent ohne Arbeit. Die letzten Jahre von R. G. Mugabes Herrschaft haben Simbabwe zunehmend international isoliert.

Präsident R. G. Mugabe tritt Menschenrechte mit Füßen

Jüngst wurden der bekannteste Oppositionspolitiker, Morgan Tsvangirai von der MDC (Movement for Democratic Change) und eine Reihe weiterer Oppositionspolitiker von Polizisten während einer Demonstration verhaftet und später in Polizeigewahrsam misshandelt. Dazu gehörte auch Arthur Mutambara, der eine von der MDC abgespaltene Fraktion leitet. Zunehmend wird der Protest gegen die Regierung R. G. Mugabe gewaltsam unterdrückt, werden Demonstrationen mit Tränengas und Schlagstöcken auseinander getrieben und Demonstranten und Aktivisten ohne Anklage eingesperrt. Bei einer Ansprache vor den Delegierten der simbabwischen Botschaft in Ägypten hat sich R. G. Mugabe zu den Verhaftungen und Misshandlungen von Aktivisten geäußert: „Yes, you will be thoroughly beaten. When the police say move you move. If you don't move, you invite the police to use force" (Human Rights Watch). Das Gesetz zur öffentlichen Ordnung und Sicherheit (POSA), das Informationsgesetz (AIPPA) und das Rundfunk- und Fernsehgesetz (BSA) beschneiden elementare Bürgerrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Richter an den Obersten Gerichtshöfen, die von der Regierung eingesetzt werden, verhindern eine unabhängige Rechtsprechung und decken von der Regierung angeordnete Menschenrechtsverletzungen.

Die wirtschaftliche Lage: Simbabwe am Abgrund

Zwischen 1998 und 2006 ist Simbabwes Wirtschaft um 40 Prozent geschrumpft, 2006 um 5,1 Prozent. 2007 wird ein ähnlicher Abschwung erwartet. Die Inflation liegt zurzeit bei 1 600 Prozent. Bis zum Jahresende könnte die Inflation, so Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF), über 5 000 Prozent erreichen. Für die Bevölkerung hat das katastrophale Folgen. Die Lebenshaltungskosten sind dramatisch gestiegen, von September bis Oktober 2006 beispielsweise um 21,4 Prozent. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist auf den Stand von 1953 gefallen. Viele Eltern müssen ihre Kinder aus der Schule nehmen, weil sie die Schulgebühren nicht mehr aufbringen können. Ärzte, Lehrer und Beamte streiken und fordern Gehaltserhöhungen. Das öffentliche Leben droht zusammenzubrechen. Auch Simbabwer, die der Mittelschicht angehörten, leben heute am Existenzminimum. Immer mehr kehren ihrem Land den Rücken. Etwa drei Millionen Einwohner sind inzwischen nach Südafrika ausgewandert, was die sozialen Spannungen im Nachbarland erhöht.

Bisher hat sich Südafrika, das am ehesten noch politischen Einfluss in der Region ausüben kann, mit einer Verurteilung der jüngsten Vorfälle und öffentlicher Kritik an der Regierungsführung Simbabwes auffallend zurückgehalten. Auch die Afrikanische Union (AU) und die das südliche Afrika umfassende Organisation Southern African Development Community (SADC) haben bislang keinen Druck auf die Mugabe-Regierung ausgeübt, wie geplant 2008 aus dem Amt zu scheiden.

Das Rückgrat der Landwirtschaft ist gebrochen

Die Nahrungsmittelknappheit der letzten Jahre ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass die durch die Vertreibung der weißen Farmer von ihren Grundstücken entstandene Produktionslücke nicht geschlossen werden konnte. Von den einst 4 500 weißen Landwirten gibt es heute in Simbabwe nur noch 400, und auch diese dürfen ihr Land nicht uneingeschränkt bestellen. Die gewaltsame Verdrängung der Farmer wurde unter dem Vorwand betrieben, koloniale Verbrechen wieder gut machen zu wollen. Die meisten der Vertriebenen hatten ihre Ländereinen allerdings in den achtziger und neunziger Jahren erworben. Profitiert von den Enteignungen haben nicht, wie von R. G. Mugabe angekündigt, simbabwische Bauern, sondern Parteifunktionäre und seine Anhänger.

Murambatsvina ist noch nicht vergessen

Weltweite Empörung hat R. G. Mugabe ausgelöst, als Polizeikräfte im Mai 2005 bei der Operation Murambatsvina („Vertreibe den Dreck“) mit Bulldozern und Planierraupen in die Slums der großen Städte gefahren sind und dort Brettersiedlungen der Armen dem Boden gleich gemacht haben. Landesweit wurden 700 000 Menschen obdachlos. Die Zerstörung der dort entstandenen „Schattenwirtschaft“ entzog fast drei Millionen Simbabwern die Existenzgrundlage. Die internationalen Reaktionen waren von Ohnmacht geprägt. UN, EU und USA verurteilten zwar die Kampagne, konkrete Reaktionen wurden aber daraus nicht abgeleitet. Die AU und vor allem das einflussreiche Südafrika wollten sich nicht in „innere Angelegenheiten“ Simbabwes einmischen.

Was die humanitäre Lage in Simbabwe zusätzlich verschärft, ist die hohe Zahl der HIV/Aids-Infizierten. Laut Regierungsangaben ist etwa ein Fünftel der Bevölkerung zwischen 15 bis 49 Jahren an HIV/Aids erkrankt. Die Ausbreitung der Epidemie bedroht durch Flüchtlingsströme inzwischen auch die angrenzenden Länder.

Erneuerung von innen

Die regierende Partei ZANU-PF kann in drei Blöcke unterteilt werden, von denen zwei einer Verlängerung der Amtszeit R. G. Mugabes kritisch gegenüberstehen. Die beiden Lager, unter Leitung von Solomon Mujuru, einflussreiches Mitglied in R. G. Mugabes Politbüros, und die Mnangagwa Fraktion, mit Minister Emmerson Dambudzo Mnangagwa an der Spitze, verfolgen widerstrebende politische Interessen für die Zeit nach R. G. Mugabe. Beide plädieren jedoch für eine reguläre Amtszeit R. G. Mugabes bis 2008 und sind bereit, Zugeständnisse an den Präsidenten zu machen, sollte er früher zurücktreten. Unterstützer hat R. G. Mugabe vor allem in den Reihen der Minister seines Sicherheitsapparats.

Die angestrebte Machübernahme durch die Oppositionspartei MDC ist seit ihrem Auseinanderfallen in zwei Blöcke 2005 unwahrscheinlicher geworden. Beide Fraktionen unter der Leitung von Morgan Tsvangirai und Arthur Mutambara verfolgen einen Machtwechsel, müssen aber miteinander in Verhandlungen treten, wollen sie als geschlossene Kraft auftreten. Kirchen, Bürgerbewegungen und die MDC haben sich in der Save Zimbabwe Campaign zusammengeschlossen und verstärken in öffentlichen Protesten den Druck auf das R. G. Mugabe-Regime. Bewegungen, die einen friedlichen Machtwechsel anstreben, brauchen stärkere internationale Unterstützung.

Die Sanktionen, die von der EU im Februar 2007 erneut verlängert wurden, sind begrüssenswert, allerdings gehen sie noch nicht weit genug. Außer den 120 gelisteten Politikern der Entourage R. G. Mugabes sowie R. G. Mugabe selbst, sollten weitere R. G. Mugabe nahe stehende Parteifunktionäre, Militärs und Unternehmer ebenfalls auf die Liste jener gesetzt werden, deren Konten in der EU eingefroren werden und denen eine Einreise in die EU-Staaten untersagt ist.

Da die deutsche Entwicklungshilfe seit 2002 eingestellt wurde, sollte die humanitäre Hilfe zugunsten von Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen vor Ort intensiviert werden. Maßstab muss sein, dass die geleisteten Hilfen nicht den Machthabern zugute kommen, sondern der Zivilgesellschaft. Wenn der Bundesregierung Afrika wirklich ein „Herzensanliegen“ ist, wie es Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Frankreich-Afrika-Gipfel im Februar 2007 in Cannes ausgedrückt hat, und „sich die Menschlichkeit unseres Kontinents auch daran bemessen wird, wie wir mit unserem Nachbarkontinent, mit Afrika, Beziehungen aufbauen“ (Rede Dr. Angela Merkel beim Frankreich-Afrika-Gipfel), dann muss sie im Fall Simbabwes stärker als bisher ihren internationalen Einfluss geltend machen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und G8-Präsidentschaft auf eine geschlossene Haltung und Verurteilung der in Simbabwe verübten Menschenrechtsverstöße sowie bezüglich der geplanten Verschiebung der für 2008 anberaumten Präsidentschaftswahlen zu drängen sowie die Menschenrechtsverstöße der R. G. Mugabe-Regierung vor den UN-Menschenrechtsrat zu bringen;
2. deutlich zu machen, dass Deutschland bilateral sowie im Rahmen der EU und der G8 bereit ist, Simbabwe bei echten demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Reformen nachhaltig zu unterstützen;
3. die Vorwürfe der simbabwischen Regierung gegen westliche Diplomaten, diese bereiteten einen „Putsch" in Simbabwe vor, und die damit verbundene Drohung der Ausweisung scharf zurückzuweisen;
4. den begrüßenswerten Ansatz von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim Frankreich-Afrika-Gipfel zum Anlass zu nehmen, weitere Schritte in Richtung eines intensiveren Dialogs mit den afrikanischen Ländern zu unternehmen und dabei besonders auf die Nachbarländer Simbabwes einzuwirken, ihre „Nichteinmischungspolitik" aufzugeben. Dabei gilt es, sich nicht nur auf Südafrika zu konzentrieren, sondern auch bei den „kleineren" umliegenden Staaten um Unterstützung zu werben;
5. die gute Zusammenarbeit mit der nachfolgenden EU-Ratspräsidentschaft Portugal dafür zu nutzen, R. G. Mugabe von der Teilnahme am EU-Afrika-Gipfel im Dezember 2007 auszuschließen und mit den anderen afrikanischen Ländern eine Gipfel-Erklärung darüber anzustreben, dass die Entwicklungen in Simbabwe, besonders in Bezug auf die dort verübten Menschenrechtsverletzungen, nicht toleriert werden können;
6. als EU-Ratspräsident darauf hinzuwirken, dass es keine Ausnahmen bei den verhängten Sanktionen gegen R. G. Mugabe, darunter die Einreise in EU-Länder, gibt und er nicht die Möglichkeit bekommt, an internationalen Treffen oder Feierlichkeiten teilzunehmen;
7. eine Initiative Großbritanniens zu unterstützen, die aktualisierten Sanktionen der EU gegen simbabwische Regierungsmitglieder auszuweiten und über weitere Minister, Abgeordnete und Gouverneure, ZANU-PF-Mitglieder sowie Geschäftspartner und deren Familienangehörige „persönliche Sanktionen" zu verhängen;
8. die Sanktionen der USA gegen Zentralbankchef Gideon Gono zum Anlass zu nehmen, ihn ebenfalls auf die Liste derer zu setzen, deren Vermögen in der EU eingefroren und dem eine Einreise in EU-Länder nicht gestattet wird;
9. die EU-Sanktionen besser mit jenen anderer Nicht-EU-Staaten, insbesondere den USA, besser abzustimmen;
10. sich an die Spitze der Gespräche zwischen EU und der Afrikanischen Union sowie der SADC-Länder zu stellen, um gemeinsam mit den afrikanischen Mitgliedern auf eine Lösung der Krise in Simbabwe hinzuwirken;
11. Südafrika und dessen Präsident Thabo Mbeki aufzufordern, die Situation in Simbabwe auch angesichts der schwierigen humanitären Lage der 3 Millionen Flüchtlinge im südafrikanisch-simbabwischen Grenzgebiet nicht länger als „innere Staatsangelegenheit" zu betrachten, und diese entsprechend öffentlich zu kritisieren;
12. sich der Initiative Australiens, Neuseelands und Großbritanniens anzuschließen, den UN-Sicherheitsrat davon zu überzeugen, R. G. Mugabe und

seine Regierungsmitglieder für ihre Menschenrechtsverletzungen beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag anzuklagen;

13. in diesem Zusammenhang auch China, das wirtschaftliche Beziehungen zu Simbabwe unterhält, davon zu überzeugen einer solchen UN-Resolution zuzustimmen und das gegen Simbabwe verhängte EU-Waffenembargo zu unterstützen, indem es keine Waffen mehr in die Region liefert;
14. den Reform- und Oppositionskräften im Land Unterstützung zu einem friedlichen Machtwechsel zu signalisieren;
15. bei der nächsten Wahl Hilfe bei der Wahlbeobachtung und der Schaffung demokratischer Strukturen, zum Beispiel durch die Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung, anzubieten;
16. sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe, die Deutschland Simbabwe zukommen lässt, den Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen und damit der Zivilbevölkerung zugute kommt und keinesfalls dem R. G. Mugabe-Regime.

Berlin, den 27. März 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333